

Personalkosten 2004/07

- Vergleich Jahresabschluss 2003 und 2007: Reduzierung um 22,1 Mio. Euro (13,5 %; Anw-TV enthalten)
- Seit 2005 Reduzierung der Kosten des Überhangs um 9,1 Mio. Euro (34,9 %)

Personalzahlen 2004/08 (VZÄ)

- Professuren (353/302): - 14,4 %
- Juniorprofessuren (32/36): + 12,5 %
- Unbefristeter Mittelbau (432/377): - 12,7 %
- Befristeter Mittelbau (505/420): - 16,8 %
- Sonstiges Personal (1576/1402): - 11 %

- Allein letzte drei Jahre: - 361 (- 12,5 %)

Bis 2009

Weitere Reduzierung der Personalkosten um 11,6 Mio. Euro (- 7 %); zusätzlich Ausgleich z. B. der anwachsenden Pensionslasten (Aufwuchs ca. 2 Mio. Euro)

Koalitionsvereinbarung SPD/PDS

„Die Berliner Hochschulen haben in den vergangenen Jahren bedeutende Konsolidierungsbeiträge erbracht. Sie benötigen nunmehr stabile finanzielle Grundlagen. Deshalb werden die Koalitionsparteien die Landeszuschüsse im Rahmen der Hochschulverträge nach 2009 verstetigen. Steigende Kosten der Hochschulen (zum Beispiel Mehrwertsteuererhöhung, Tarifsteigerungen) können nicht berücksichtigt werden.“

Kostenentwicklung

- Auslaufen des Anw-TV HU (2010)
- Abschluss Bund/TV-L (2006)
- Abschluss Bund/VKA (2008)
- „Ost“-Angleichung Beamte, Angestellte, Arbeiter
- VBL-Kosten nach der „Ost“-Angleichung
- Versorgungslasten
- Einmalzahlungen (hier vernachlässigt)

Feststehende Mehrkosten

- „Ost“-Angleichung Arbeiter/Angestellte (1,41 % bedeuten 1,2 Mio. Euro)
- VBL-Kosten in Folge der „Ost“-Angleichung (plus 1,5 % für den Arbeitgeber bedeuten 1,3 Mio. Euro)
- „Ost“-Angleichung der Beamten (0,6 Mio. Euro)
- Steigerung der Versorgungslasten (2010 um 1 Mio. Euro; fortlaufende Steigerung)

(Bedingt)steuerbare Mehrkosten

- Auslaufen Anw-TV (3,5 Mio. Euro; offen ist die fortdauernde Absenkung des Weihnachtsgelds auf 640 Euro, gälte nur für HU; wenn Anpassung an allgemeinen TV bedeutet dies 5,5 Mio. Euro)
- Übernahme des TV-L 2006 (Forderung der Gewerkschaften in den aktuellen Tarifverhandlungen; 2,9 % bedeuten 3,7 Mio. Euro)
- Übernahme des Abschlusses Bund/VKA 2008 (7,9 % bedeuten 10,1 Mio. Euro)

Gesamtauswirkungen Personal

- Die Einzelpositionen ergeben einen „worst case“: 27 Mio. Euro bei den Personalkosten.
- Steigerungen bei Heizung/Energie, bei Buchpreisen usw. sind hier nicht einberechnet.

Was heißt:

- „die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen sichern“,
- „stabile finanzielle Grundlagen“,
- „Landeszuschüsse verstetigen“

in der Realität?

Defizit 27 Mio. Euro

- Knapp 21 % der „aktiven“ Personalkosten
- Nominell vergleichbar mit den Kürzungen 1998 und 2004 (jeweils)
- Basis ist um ca. 40 % geringer geworden;
Beispiel: vor den Kürzungen 1998 gab es 460
Lebenszeitprofessuren, danach 380, aktuell 310
- Keine „Luft“ in den Dienstleistungsbereichen
- Aufgaben sind gewachsen (insbesondere durch
die Umstellung der Studiengänge)

Umgang mit dem Defizit

- Bisherige Kürzungen waren über mehrere Jahre zu vollziehen, jetzt droht „schlagartige“ Kostensteigerung
- Durch jährliche Fluktuation werden Personalmittel in Höhe von 10 Mio. Euro frei (keine Neueinstellungen oder Weiterbeschäftigungen)
- Option Stellenbesetzungssperre, auch für Vertretungseinstellungen und studentische Hilfskräfte
- Auch bei allen Einschränkungen über mehr als zwei Jahre ist ein Defizit nicht zu vermeiden (Sperrung von Sachmitteln bringt nur geringe Entlastung)

(Nicht)Optionen

- Keine Steuerungsmöglichkeit im Beamtenbereich
- Tarifabschluss mit möglichst niedrigen Abschlüssen: schwer realisierbar (vgl. Konflikt BVG) und auch nicht wünschenswert (Auseinanderfallen zum Beamtenbereich; Konkurrenz Nachteile gegenüber anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen)
- Betriebsbedingte Kündigungen ab 2010 bei Schließung ganzer Bereiche fraglich, aber Sicherung des Vertrauensschutzes, erhebliche interne Beeinträchtigungen, löst das Defizit nicht kurzfristig

Stand der Dinge

- Wenn die Besoldungs- und Tarifsteigerungen ohne Ausgleich durch das Land eintreten, ist die HU ab dem Jubiläumsjahr im Defizit.
- Die Mehrforderungen nehmen aktuell deutlich zu.
- Ohne Klärung der Hochschulfinanzierung ist ein geordneter Betrieb nicht mehr möglich. Notmaßnahmen drohen.